

## Abwassergebühr: Bürger müssen rückwirkend zahlen

### Warum der Wartenberger Marktrat die Erhöhung zum 1. Januar beschließt, obwohl noch keine Zahlen feststehen

*Du kannst doch nicht zu deinem Mieter gehen und nach einem Jahr sagen: Oh, jetzt ist die Abwassergebühr erhöht worden.‘ Eduard Ertl (Neue Mitte)*

Wartenberg – Die Abwassergebühren werden die Bürger in Wartenberg ab Januar wesentlich teurer zu stehen kommen als bislang. Um wie viel erhöht wird, das steht zwar noch nicht fest. Der Marktrat hat am Mittwoch mit 12:6 Stimmen aber schon mal beschlossen, dass erhöht wird und die Bürger nun informiert werden sollen, dass sie rückwirkend zur Kasse gebeten werden. Dazu entbrannte eine heftige Debatte, in der auch die Gemeindeverwaltung scharf kritisiert wurde. Der Hintergrund ist etwas tragisch.

Der Kalkulationszeitraum für die Abwassergebühren – er erstreckt sich über vier Jahre – läuft Ende des Jahres aus. Zum 1. Januar braucht es laut Gesetz eine neue Berechnung. Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) betonte, dass die Erweiterung der Kläranlage 3,5 Millionen Euro koste und man bekanntlich ein dickes Haushaltsloch und keine Rücklagen mehr habe.

Ursprünglich wäre genug Zeit gewesen, um von einem externen Beratungsbüro die Berechnungen erstellen zu lassen. Laut Verwaltung wurde das schon Mitte 2020 angegangen. Doch beim zunächst zuständigen Sachbearbeiter sei „eine Akuterkrankung aufgetreten“, so Pröbst, die Person werde nicht mehr in ihren Beruf zurückkehren. Also ging es weiter zum nächsten Büro, und erneut sei die zuständige Person erkrankt. Pröbst zufolge ist man nun in der misslichen Lage, dass man wegen des Invests in die Kläranlage zwingend erhöhen muss, aber die konkreten Zahlen noch nicht vorliegen. Ohne Erhöhung könne man den Haushalt 2022 nicht stemmen. Dass dann, eventuell erst nach einem oder eineinhalb Jahren, rückwirkend die Bürger zur Kasse gebeten werden sollen, brachte unter anderem Eduard Ertl (Neue Mitte) auf die Palme. Er meinte, da werde so mancher Vermieter wohl auf ein paar hundert Euro sitzen bleiben. „Du kannst doch nicht zu deinem Mieter gehen und nach einem Jahr sagen: ‚Oh, jetzt ist die Abwassergebühr erhöht worden.‘“ Richtung Verwaltung meinte er, man müsse „alle Hebel in Bewegung setzen, um eine konkrete Erhöhung zu diesem Zeitpunkt“ beschließen zu können.

So mancher Bürger könnte schon längst weggezogen sein, bis rückwirkend die Gebühr eingezogen wird, befürchtete Michael Paulini (SPD). „Das ist eine absolute Katastrophe, ein Armutszeugnis in Sachen Verwaltung“, kritisierte er. Man müsse den Schaden, sprich den Zeitraum für die rückwirkende Abrechnung, so gering wie möglich halten, forderte Michael Gruber (SPD), der sich Ertls Kritik anschloss und eine Vertagung des Themas vorschlug.

Pröbst sagte: „Ich stelle mich klar vor die Verwaltung.“ Er könne Berichte zu den Ausfällen in den Büros vorlegen. Zudem betonte er, dass noch ein Drosselbauwerk für die Kläranlage ins Kontor schlagen werde, und dann in vier Jahren die Gebühren auf einmal noch heftiger steigen würden, wenn man nicht jetzt schon mehr verlange. Und es brauche „absolut konkrete Zahlen, sonst sind wir angreifbar“.

Michael Pröbst (CSU) schlug vor, eine Einmalzahlung zu verlangen und erst ab 2023 erhöhen. Eine solche Vorgehensweise hatte der Marktrat 2018 aber abgelehnt. Nina Hieronymus (CSU) fand es „blöd“, dass die Bürger über eine Erhöhung informiert werden, ohne zunächst konkrete Zahlen zu erfahren. Und Martina Scheyhing (Grüne) befand: „Das hört sich alles seltsam an. Die Leute müssen informiert werden.“

Neben der Einleitung von Schmutzwasser könnte kommendes Jahr noch eine Gebühr für Niederschlagswasser von Grundstücken hinzukommen. Und zwar laut Rechtsprechung dann, wenn mehr als zwölf Prozent der Aufwendungen für die Niederschlagswasserbeseitigung von Grundstücken stammen, was laut Christofori wohl der Fall sein wird. Aktuell beträgt die Gebühr pro Kubikmeter Schmutz- und Oberflächenwasser 2,17 Euro, nur Schmutzwasser 1,78 Euro. Wie in der Sitzung erwähnt wurde, hatte der frühere Kämmerer Anton Sellmeier vor zwei, drei Jahren eine Erhöhung von rund einem Euro vorausberechnet.

„Die Kalkulation betrifft nicht nur die Investition für die Kläranlage, sondern das gesamte bestehende Netz mit Sonderbauwerken“, sagte Christofori unserer Zeitung. Die Kalkulation sei sehr komplex und zeitaufwendig.

MARKUS SCHWARZKUGLER